

## Information des KGB über Aktivitäten der Umweltbewegung in der Umgebung von Kernkraftwerken

Nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl fürchtete die Stasi das Erstarken der Anti-Kernkraftwerks-Bewegung in der DDR. Von Anfang an bemühte sich die Geheimpolizei, dem entgegen zu wirken.

Der Super-GAU im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986, den bis dahin schwersten nuklearen Unfall bei der zivilen Nutzung der Kernkraft. Die unkontrolliert entwichene Radioaktivität war immens, und die Langzeitfolgen der Strahlenbelastung halten bis heute an.

Für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR bedeutete Tschernobyl eine Herausforderung: Unmittelbar musste der politische und ideologische Schaden für die SED-Diktatur begrenzt werden. Das Credo "Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen" wirkte nach dem Unglück hohl. Das eigene ehrgeizige Kernenergieprogramm verlor merklich an Vertrauen, basierten die Reaktoren doch ebenfalls auf sowjetischer Technik.

Zudem erhielt die ostdeutsche Anti-Atomkraft-Bewegung Zulauf. Weil sie in Opposition zur Kernenergiepolitik, zur Umweltpolitik und zur Informationspolitik der SED-Führung stand, wollte die Staatssicherheit sie nun konsequent bekämpfen.

Auch der Wirtschaft der DDR drohte Schaden: Die Bundesrepublik, ein wichtiger Abnehmer von Lebensmitteln aus Ostdeutschland, ließ aus Angst vor verstrahlter Ware die Lieferungen nicht mehr ohne weiteres über die Grenze.

Die tiefe Beunruhigung der Bürger nach dem Super-GAU von Tschernobyl ließ sich nicht einfach bei Seite wischen. Das Reaktorunglück mit seinen unabsehbaren Folgen für die Natur war ein wichtiger Impuls für die Umweltbewegung der DDR. Bereits Anfang Juni 1986 musste die Stasi registrieren, dass die Umwelt- und Friedensgruppen in der DDR zahlreiche Aktionen zu Tschernobyl organisierten.

Auch der sowjetische KGB fürchtete Aktionen der Umweltbewegung gegen Kernkraftwerke. Die vorliegende Information des sowjetischen Dienstes sollte die Genossen in Ostberlin auf mögliche Probleme im Umfeld der KKW aufmerksam machen.

---

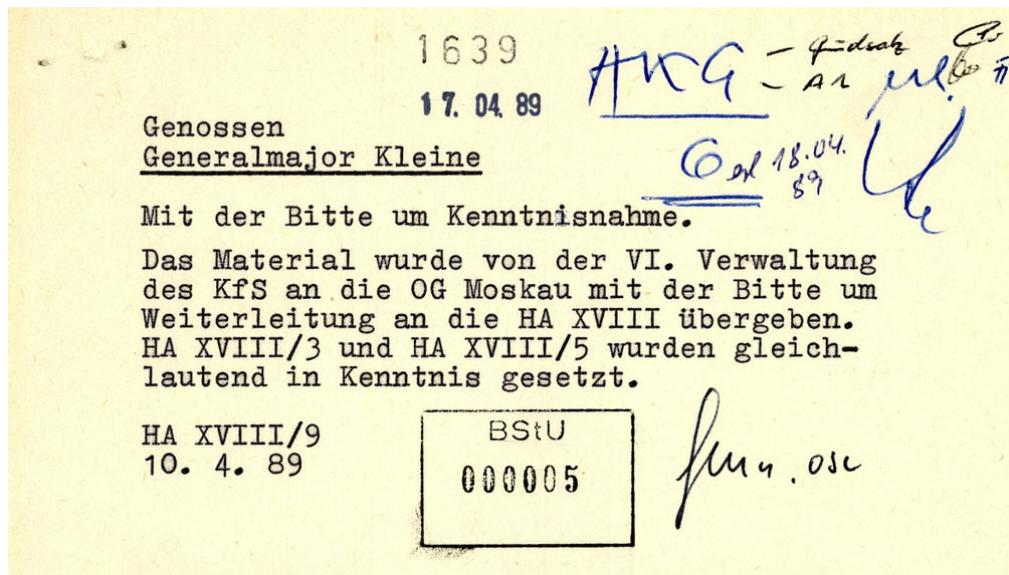
**Signatur:** BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 3665, Bl. 5-8

---

### Metadaten

Datum: 17.4.1989

Information des KGB über Aktivitäten der Umweltbewegung in der Umgebung von Kernkraftwerken



Signatur: BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 3665, Bl. 5-8

Blatt 5

**Information des KGB über Aktivitäten der Umweltbewegung in der Umgebung von Kernkraftwerken**

BStU

000006

Übersetzung aus dem RussischenGeheimInformation

über einige Besonderheiten der operativen Situation in der Umgebung von Kernkraftwerken in Verbindung mit der Aktivierung der Umweltschutzbewegung

Die Havarie im KKW Tschernobyl brachte die Gesellschaft für die Erhaltung des ökologischen Milieus in Bewegung, führte zu Sorge und Erregung wegen möglicher Folgen im Falle neuer außergewöhnlicher Vorkommnisse im Objekten der Atomenergie.

In dieser Bewegung wirken Vertreter der künstlerischen und technischen Intelligenz, unterschiedlich gearteter nichtformeller Vereinigungen, nationalistischer und religiös-sektiererischer Formationen, die weitere soziale Bevölkerungsgruppen in die Bahn ihrer Tätigkeit hineinziehen.

Als qualitative Argumente, die sich vordergründig gegen die Entwicklung der Kernenergie richten, werden von ihnen Mängel angeführt, die in Verbindung stehen mit dem Standort der KKW in unmittelbarer Nähe von Großstädten und in seismisch gefährdeten Gebieten mit begrenzten Wasserressourcen. Außerdem machte das sowjetische Programm zur Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Gewährleistung der Sicherheit der Kernenergie die Information über die Häufung von vielfältigen Mängeln bei Forschungsprojekt- und Bau- und Montagearbeiten breiten Kreisen der Öffentlichkeit zugänglich. Weitere Mängel bestehen in der geringen Qualität der gelieferten Ausrüstungen, in Fakten des Abweichens von Forderungen zur Gewährleistung von Atom- und Strahlenschutz, in Havarien und Ausfällen beim Betreiben von KKW's. Diese Mängel werden aktiv zur Erzeugung einer Situation von Angst und Unsicherheit rund um Objekte der Kernenergie genutzt.

Mit dem Ziel der Ausübung von Druck auf die Direktivorgane und die Administration organisieren die Anhänger der "Ökologischen Bewegung" Massendemonstrationen, sammeln Unterschriften, führen Meetings und Referenden für ein Verbot des Baues und des Betreibens von KKW's durch.

## Information des KGB über Aktivitäten der Umweltbewegung in der Umgebung von Kernkraftwerken

BStU  
000007

2

An einzelnen Protestaktionen beteiligen sich aktiv die Presse, das Fernsehen, der Rundfunk. Mit dem Ziel, die Lage erpresserisch anzuheizen, verbreiten einzelne extremistisch und nationalistisch geartete Elemente provokatorische Gerüchte über die Möglichkeit von Explosionen in einer Reihe von KKW's oder sprechen Drohungen der physischen Vernichtung an die Adresse einiger leitender Mitarbeiter der KKW's aus.

Vorliegende Materialien zeugen davon, daß Geheimdienste und antisowjetische Untergrundzentren sich bemühen, die "Ökologische Bewegung" mit feindlichen Zielstellungen zu nutzen.

So erhielten zum Beispiel Vertreter einer nichtformellen Vereinigung während einer Menschenansammlung aus Anlaß des Jahrestages der Tragödie von Tschernobyl von amerikanischen Diplomaten - Aufklärern die Instruktion zur Sammlung tendenziöser Informationen über das KKW Leningrad und dessen negative Auswirkungen auf die Umwelt.

Die Leiter einer anderen Vereinigung erhalten offiziell "Almosen" in Form von Fernseh- und Rundfunkgeräten von den Emissären ausländischer subversiver Zentren für Informationen über die Lage in den KKW's der Ukraine.

Die ausländischen Rundfunkstationen "Stimme Amerikas", "Radio Freiheit" und die "Deutsche Welle" versuchen in ihren Sendungen direkt oder indirekt die Kernenergie in der UdSSR zu diskreditieren, man schiebt die Hörer auf Konfrontation mit der Administration der Werke und mit den Organen der Staatsmacht, man propagiert die effektivsten Methoden der Druckausübung auf diese Organe.

Zur Erreichung dieser Ziele werden folgende Methoden des Wirkens benutzt:

- Widerstand der Volksmassen gegen die Organe der Staatsmacht und Leitung in Fragen der Gewährleistung von Zuverlässigkeit und Sicherheit der KKW's und Gewährleistung des Umweltschutzes;
- Widerstand der örtlichen Machtorgane und Beeinflussung der zentralen und Unionsorgane;
- Widerstand der künstlerischen Intelligenz gegenüber den Macht- und Leitungsorganen;
- Aufwieglerische Bezugnahme auf aktive Maßnahmen der Öffentlichkeit in anderen Regionen.

Information des KGB über Aktivitäten der Umweltbewegung in der Umgebung von Kernkraftwerken

BStU

000008

3

Unter dem Einfluß der Zentren der PID bemühen sich einige nichtformelle Vereinigungen darum, Kontakte zu Gruppen der "Grünen" herzustellen in den entwickelten kapitalistischen Ländern. In Verbindung damit ist die Möglichkeit des Eindringens von Gruppen extremistischen Charakters in die "Ökologische Bewegung", wie das im Westen der Fall ist, nicht auszuschließen.

In diesem Zusammenhang ist es eine der Aufgaben der strukturellen Diensteinheiten der Organe der Staatssicherheit, die die Abwehrarbeit in den KKW's realisieren, in den Reihen der "ökologischen Bewegung" rechtzeitig extremistisch eingestellte Personen zu erkennen, die bereit sind in diesen Objekten Provokationen und Gewalttakte bis hin zur Diversion durchzuführen und diese Objekte mit erpresserischen Zielstellungen zu besetzen.

Es gehört zu den Aufgaben dieser Genossen, die konkreten Verbindungskanäle zu den gegnerischen Geheimdiensten und ihren ideologischen Zentren zu entlarven.

F.d.R.d.U.  
*Fiegert*  
Fiegert  
Major  
20. 3. 89

Information am 16. 3. 1989 vom KfS, VI. Verwaltung,  
erhalten.